

Barry Rubin

Wem nützt der arabische Antiamerikanismus?

»Wichtig ist es, respektiert zu werden – nicht gemocht.«
Bashar al-Assad, syrischer Präsident, »Al-Safir«, 16.7.01

»Aggressoren profitieren von Beschwichtigungspolitik. Das ist die Lehre aus dem Münchener Abkommen von 1938, für das die ganze Welt teuer bezahlen mußte ... Wie konnten sich die deutschen Generäle gegen Hitler stellen, wenn er so erfolgreich war? Aber bekanntlich haben Aggressoren ein Talent dafür, ihre Absichten so darzustellen, daß sie vernünftig wirken.«

Nizar Hamdoon, stellvertretender irakischer Außenminister, »Middle East Review«, Sommer 1982

»Die Gläubigen fürchten im Kampf nicht den Feind. Ihre Feinde jedoch hüten ihr Leben wie ein Geizhals sein Geld. Sie wollen nicht zu Märtyrern werden. Das ist der wahre Grund für den Sieg der Gläubigen über ihre Feinde.«

Abdallah Al-Najjar, »Al-Gumhuriya«, 7.10.01

»Die von Gott Geführten werden niemals unterliegen ... Amerika ist voller Angst, von Nord bis Süd, von Ost bis West ... Es wird zwei Lager geben: das der Gläubigen und das der Ungläubigen. Deswegen sollen alle Moslems ... fest zu ihrer Religion stehen.«
Ossama bin Laden, »Al-Jazira TV«, 7.10.01

Seit dem Anschlag vom 11. September 2001 ist viel über die Nahostpolitik der USA diskutiert worden. Die Terroristen, ihre Unterstützer und diejenigen, die für ihr Vorgehen Verständnis zeigten, schrieben den USA die Verantwortung zu für den tiefen Groll der Araber und Moslems. Dieser Groll besteht in der Tat, und viele Beobachter fordern eine Entschuldigung für das bisherige Verhalten der USA, einen Kurswechsel der US-Außenpolitik, und rechtfertigen damit auf gewisse Weise die Anschläge vom 11. September oder versuchen zumindest, sie zu erklären. Diese Argumentation stellt die Geschichte der US-Nahostpolitik jedoch so falsch dar, daß sie als Karikatur ihrer selbst erscheint. Die Darstellung erschwert die Einsicht in die Bedeutung des Ereignisses für die Region. Dieser Beitrag versucht, die Dinge etwas zurechtzurücken.

Einige Prämissen seien vorausgeschickt: Hier soll nicht behauptet werden, die USA hätten keine Fehler gemacht oder der Haß auf Amerika (ob berechtigt oder nicht) existiere nicht; es ist daher keineswegs so, daß der Autor Politik und Vorgehen der USA in den hier behandelten Fragen

gutheißt. Dennoch gründen sich die meisten Anschuldigungen gegen die USA auf Verschwörungstheorien, die den USA Taten vorwerfen, die sie nie begangen haben. Andere Elemente der Kritik beruhen auf krassen Fehlinterpretationen der amerikanischen Gesellschaft seitens der arabischen Massenmedien, die in hohem Maße staatlich kontrolliert werden.

Fraglos verfolgen die USA – wie jedes andere Land auch – eine Außenpolitik, die an ihren Interessen orientiert ist. In bezug auf die Nahostdebatte, die sich um den Vorwurf dreht, die USA seien anti-arabisch oder anti-islamisch, ist dieser Punkt jedoch irrelevant. Selbst wenn die USA Kuwait 1991 vor einer Annexion durch den, wohlgemerkt: nicht radikal-islamistischen, sondern radikal-weltlichen, Irak nur wegen ihrer linteressen bewahrt haben sollten, so war ihr Vorgehen faktisch pro-kuwaitisch, pro-islamisch, pro-arabisch.¹ Richtig ist vielmehr, daß führende US-Politiker zur Wahrung amerikanischer Interessen ihre Nahostpolitik so ausrichteten, daß sie eine größtmögliche Akzeptanz bei der größtmöglichen Gruppe von Arabern und Moslems fanden. Die US-Politik ist also nicht »anti-arabisch« oder »anti-islamisch«, sondern sie hat sich oft gegen radikale arabische Regime und Kräfte gerichtet, die selbst militant säkular und anti-islamisch waren; sie hat gegen radikal-islamistische Regime und Kräfte gekämpft, die selbst unter Moslems als abweichlerisch oder gar gottlos galten, und sie hat deren moderatere Gegenspieler unterstützt.

Ist die US-Politik »anti-arabisch«?

Der Kalte Krieg prägte auch die US-Nahostpolitik. Mitte der fünfziger Jahre war die amerikanische Führung aus gutem Grund der Überzeugung, daß sich dieser Konflikt bis in den Nahen Osten ausdehnen würde, da sich die dortigen Regierungen auf die eine oder andere Seite der Konfliktparteien stellten. Die USA mußten mit ansehen, wie sich das ägyptische Staatsoberhaupt Gamal Abdel Nasser auf die Seite der Sowjetunion schlug. Einige Länder, wie etwa der Libanon und Jordanien, wurden von einer Welle nationalistischer Umstürze überrollt; in anderen, wie etwa in Syrien und im Irak, führten diese Turbulenzen zu Staatsstreichern, bei denen Moskaufreundliche Regimes entstanden.

Dennoch erwiesen die USA dem radikal-arabischen Nationalismus einen letzten Dienst. 1956 nämlich versagten sie England und Frankreich während der Suezkrise die sonst übliche Zustimmung und stellten sich gegen deren Pläne, Nasser zu stürzen, da sie fürchteten, ein solches Vorgehen werde die arabische Welt gegen sie aufbringen und somit den sowjetischen Einfluß stärken. Sie drohten England und zwangen Israel, sich von ägyptischem Territorium zurückzuziehen. Die USA retteten Nasser, obwohl ihnen das in

der arabischen Welt niemand dankte. Im Grunde griffen sie damit in einen inner-arabischen Konflikt ein, den Malcolm Kerr einmal treffend als den »Kalten Krieg Arabiens« bezeichnete und der selbst schon globale Ausmaße angenommen hatte. Statt sich anti-arabisch zu gerieren, unterstützten die USA zwischen den fünfziger und achtziger Jahren arabische Staaten, die von Verbündeten der Sowjetunion angegriffen wurden. Dieses Grundmuster gilt im Wesentlichen auch für die Kuwaitkrise von 1990/91, nur daß die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt de facto nicht mehr existierte.

Statt sich anti-islamisch zu geben, wurden die USA buchstäblich zur politischen Schutzmacht des Islam im Nahen Osten. Schließlich war der traditionelle Islam ein Bollwerk gegen den Kommunismus wie gegen den radikal-arabischen Nationalismus. Saudi-Arabien, das Staat gewordene Paradebeispiel für eine Doktrin, die den Islam geradezu als Waffe gegen die radikale Opposition benutzt, ersuchte die USA um Hilfe gegen die Bedrohung durch den arabischen Nationalismus Nassers und der Ba'thisten. Im Iran fand der 1953 von den USA organisierte Putsch gegen die Nationalisten zur Unterstützung des Schahs den Beifall der islamischen Geistlichen. Warum sollte es sich bei einer Parteinahme der USA innerhalb dieses inner-arabischen Konflikts um anti-arabische Politik gehandelt haben?

Der Kalte Krieg und sein zentraler Stellenwert für die politischen Strategien der USA haben ein entschiedeneres Vorgehen in anderen Situationen verhindert. Lange galt die Devise, es müsse verhindert werden, daß sich arabische Regimes und Gruppierungen, durch eine amerikanische Einmischung gleichsam erst dazu provoziert, auf die Seite der Sowjetunion schlagen. Die USA waren darauf bedacht, diejenigen arabischen Länder »auf ihre Seite zu ziehen«, die mit der Sowjetunion verbündet waren, und »Verluste« bei den anderen zu vermeiden. Auf diese Weise hofierten sie in den späten Siebziger erfolgreich Ägypten, das so zum zweitgrößten Empfängerland der Welt für amerikanische Hilfsprogramme wurde (gleich nach Israel). Aus denselben Gründen verzichteten die USA darauf, Syrien oder den Irak anzugreifen oder auch nur scharf zu kritisieren. Daß Syrien den Libanon annektierte, wurde aus einer ähnlichen Interessenlage heraus akzeptiert.

Verglichen mit Lateinamerika und Asien hielt sich das Eingreifen der USA zur Erhaltung bestehender Regimes im Nahen Osten in Grenzen. In Lateinamerika wurde immer wieder interveniert, man unterstützte die einheimischen Militärs massiv, wobei man sich auf den Ausbau der »Inneren Sicherheit« konzentrierte. In Asien wurden Kriege in Korea und Vietnam geführt sowie andere direkte und aktive Eingriffe gegen Aufständische und zahlreiche verdeckte Einsätze vorgenommen – nicht zu vergessen die langfristige Installation gigantischer Militärbasen.

Eine Quelle, aus der sich die Behauptung einer »anti-arabischen« oder »anti-islamischen« Haltung der USA immer wieder speist, ist der Mythos von der

arabischen oder islamischen Einheit. Die nationalen und sonstigen Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen von Arabern und Moslems ignorierend, wird immer wieder behauptet, es handle sich um ein und dieselbe Volksgruppe, die glücklich und in Frieden zusammenleben könnte, würde nicht immer wieder von außen eingegriffen. Wenn in der Region also Uneinigkeit herrsche, so läge das an der Einmischung der USA. Ein Blick in die Geschichte ergibt jedoch ein anderes Bild. Amerikanische Eingriffe waren immer mit Konflikten verbunden, die zwischen islamischen oder arabischen Gruppierungen oder Staaten ausgebrochen waren. Trotz des arabisch-israelischen Konflikts ging es bei den Kämpfen in der Region meist um Auseinandersetzungen zwischen Moslems und Arabern untereinander. Manchmal haben die USA bei diesen Auseinandersetzungen die eine, manchmal die andere Seite unterstützt. Nie haben sie dabei aber eine »anti-islamische« oder »anti-arabische« Politik verfolgt.²

Faktisch haben die USA in den achtziger und neunziger Jahren nur eine sehr begrenzte Rolle bei den inneren Konflikten zwischen radikal-islamistischen Revolutionären und Regierungen im Nahen Osten gespielt. Bei der islamistischen Revolution im Iran im Jahre 1979 haben die USA nicht interveniert und damit praktisch eine Stärkung des Schahs gegen die Opposition verhindert, die ihn stürzte. Die USA unternahmen wenig, um den Triumph Ayatollah Khomeinis zu verhindern. Nach dem Sieg der Revolution bemühte sich Jimmy Carter um eine Aussöhnung mit dem neuen Regime.³ Die USA galten nicht etwa als eine Bedrohung, weil sie Khomeini hätten stürzen wollen, sondern allenfalls, weil sie versuchten, die Revolution in eine weniger radikale Richtung zu beeinflussen. Egal, wie man die frühere US-Außenpolitik gegenüber dem Iran interpretiert – inklusive der Ablehnung, die aus dem Vorgehen gegen eine nicht religiös orientierte Regierung 1953 resultierte –, in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren war sie nicht entschieden gegen radikale Islamisten gerichtet, und anti-islamistisch war sie schon gar nicht. Mitte der achtziger Jahre war die Reagan-Administration sogar bereit, Teheran mit Waffen zu beliefern, um eine Allianz mit dem dortigen islamistischen Regime zu schließen.

Retrospektiv läßt sich behaupten, daß »konterrevolutionäres« Eingreifen der USA in der arabischen Welt äußerst selten vorkam. Die arabischen Regimes wünschten oder brauchten keine Unterstützung der USA, um islamistische Rebellen in Schach zu halten. In Algerien – hier wich man ein einziges Mal von diesem Grundmuster ab – nahmen die USA eine neutrale Haltung ein, obwohl sich die algerische Regierung um amerikanische Hilfe bemühte. Und auch im libanesischen Bürgerkrieg spielten die USA keine bedeutende Rolle, obwohl 1982 die US-Marine in Marsch gesetzt wurde. Die Islamisten vergessen nur zu gern, daß die gnadenloseste Unterdrückung islamistischer Revolutionsbewegungen in zwei anti-amerikanischen Staaten stattfand – in

Syrien und dem Irak. Auch anderswo waren arabische Regierungen in der Lage, Islamisten zu unterdrücken, zu besiegen oder sich mit ihnen zu arrangieren, ohne Eingreifen, Hilfe oder Rat der USA. Hätten die USA den Nahen Osten in den achtziger und neunziger Jahren vollkommen ignoriert, hätte es wohl keine einzige erfolgreiche islamistische Revolution mehr gegeben.

»Die Radikal-Islamisten machen die USA dafür verantwortlich, daß sie den pro-amerikanischen arabischen Regimes unterlegen sind. Sie beschuldigen den Westen, insbesondere die USA, den Ausschlag dafür gegeben zu haben, daß die nicht religiös orientierten arabischen Staaten die mächtigeren sind, da sie die politische und logistische Unterstützung des Westens genießen« (Professor Fawaz Gerges).

Konterrevolutionäre Einmischungen oder Interventionen der USA – abgesehen vom Iran 1953 und vielleicht vom Libanon 1958 – blieben jedoch tatsächlich die Ausnahme. Der wirkliche Grund für das Scheitern dieser »Revolutionen« war ihre Unterlegenheit gegenüber den eigenen Regimes; sie fanden keinen Rückhalt bei der Mehrheit der Bevölkerung, und ihre Aktivisten erwiesen sich nicht als sonderlich kompetent. Als Treppenwitz der Geschichte kann man daher bezeichnen, daß die USA bei ihrem einzigen direkten militärischen Eingreifen in Afghanistan auf Seiten der Islamisten gegen die Sowjets kämpften. Bin Laden arbeitete dort mit amerikanischen Geheimdiensten zusammen, mit Kräften, die über amerikanische Waffen und Ausbildung verfügten und im Kalten Krieg auf der Seite Washingtons standen. Der Sieg über Moskau, den bin Laden der Überlegenheit islamistischen Denkens und dem Radikalismus zuschrieb, war zu einem nicht geringen Anteil amerikanischen Waffen, amerikanischer Ausrüstung und Ausbildung sowie amerikanischem Geld geschuldet.

Was hat Amerika getan?

Wenn man die »pro-arabischen« und »pro-islamischen« Aktivitäten der USA im Nahen Osten über die Jahrzehnte auflisten wollte, käme eine Menge zusammen. 1982 retteten die USA Yassir Arafat aus Beirut, traten 1988 mit der PLO in Dialog und verschlossen die Augen vor terroristischen Gruppierungen, die mit der PLO sympathisierten. Von 1993 bis zum Jahr 2000 waren die USA die Schutzmacht der Palästinenser, wobei sie Arafat, der ein häufiger Gast im Weißen Haus war, die frühere Verwicklung in die Ermordung amerikanischer Staatsangehöriger verziehen. Schließlich bemühten sich die USA um ein Friedensabkommen, das einen unabhängigen Palästinenserstaat mit einer Hauptstadt in Ost-Jerusalem vorsah.

Die USA »retteten« Afghanistan vor den Sowjets, Kuwait und Saudi-Arabien vor dem Irak und Bosnien und den Kosovo vor Jugoslawien; sie unterstützten das islamische Pakistan gegen Indien, obwohl der Kongreß wegen des pakistanischen Atomprogramms Sanktionen gegen das Land verhängt hatte. Die USA unterstützten den arabischen Irak gegen den Iran; sie wurden von arabischen Verbündeten wie Saudi-Arabien und Kuwait dazu gedrängt. Aus Respekt vor dem Islam hielten sich amerikanische Truppen stets von Mekka und Medina fern. Die USA halfen Ägypten am Ende des Krieges von 1973, indem sie den israelischen Vormarsch stoppten und auf einem Waffenstillstand bestanden. Sie wurden in den achtziger Jahren, nach dem Friedensabkommen von Camp David, zur wichtigsten Schutzmacht Ägyptens und versorgten das Land in großem Stil mit Waffen und anderen militärischen und finanziellen Hilfen, ohne große Gegenleistungen zu fordern. Bei zwölf Konflikten zwischen Moslems und Nicht-Moslems oder nicht religiös orientierten Moslems bzw. zwischen Arabern und Nicht-Arabern standen die USA in elf Fällen auf Seiten der Moslems bzw. Araber. Sie unterstützten Moslems gegen Nicht-Moslems in sechs von sieben Konflikten: die Türkei gegen Griechenland, Bosnien und später den Kosovo gegen Jugoslawien, Pakistan gegen Indien, Afghanistan gegen die Sowjetunion und Aserbaidschan gegen Armenien. Eine Ausnahme von diesem Grundmuster stellte allein die US-amerikanische Unterstützung Israels im arabisch-israelischen Konflikt dar. Wenn sich Araber und Moslems über die amerikanische Unterstützung Israels echauffieren, mag das vielleicht daran liegen, daß es sich hierbei tatsächlich um die einzige Ausnahme in der sonstigen US-Politik im Nahen Osten handelt.

Wenn also die USA wirklich die ihnen unterstellte »anti-arabische« oder »anti-islamische« Politik verfolgt oder sich auch nur wie eine traditionelle Großmacht aufgeführt hätten, so fragt man sich, warum sie in Dutzenden von Fällen die entsprechenden Maßnahmen nicht ergriffen haben. Daß dies nicht geschah, ist politischen Zielsetzungen geschuldet, für die Amerika arabische und islamische Unterstützung brauchte – wie etwa im Kalten Krieg, bei der Sicherung von Handelsbeziehungen und im allgemeinen Bemühen um Konfliktvermeidung. Die arabisch-islamische Kritik an der US-Außenpolitik fußt zu einem guten Teil auf der Erwartungshaltung, die den USA entgegengebracht wird, und weniger auf ihrem realen Vorgehen. Viele Staaten, politische Führer oder Bewegungen im Nahen Osten projizieren das Verhalten, das sie selbst an den Tag legen würden, wären sie der mächtigste Staat der Welt, auf die USA: Sie wären auf globale Hegemonie und Kontrolle des Nahen Ostens aus, würden zur Erreichung ihrer Ziele systematisch Gewalt und Subversion anwenden und den Feind erbarmungslos und ohne jede Toleranz eliminieren. Folgerichtig werden die USA genau dieses Verhaltens

bezüglich, als seien sie darauf aus, sich die arabische Welt unterzuordnen und den Islam zu besiegen oder zu beseitigen.

So haben die USA entgegen der unterstellten Großmachtpolitik nichts unternommen, um die islamistischen Regimes im Iran oder Sudan zu stürzen, obwohl dort terroristische Aktivitäten gegen die USA unterstützt und die USA zum Feind erklärt wurden. Auch haben sie den Iran nicht angegriffen, als er im Libanon an der Geiselnahme von Amerikanern beteiligt war und terroristische Aktivitäten mitfinanzierte, denen Amerikaner zum Opfer fielen. Sie übten keinen Druck auf Syrien aus, als Damaskus in anti-amerikanischen Terrorismus verwickelt war. Statt dessen hofierten sie Syrien während des Golfkriegs. Genauso wenig unternahmen sie den Versuch, Ägypten für die Wiederannäherung an den Irak oder den geheimen Ankauf von Raketen aus Nordkorea zu bestrafen. Auch taten die USA nicht alles in ihrer Macht Stehende, um Israel zu helfen. Als der Friedensprozeß im Jahre 2000 abbrach, behielten die USA ihre neutrale Beobachterposition bei und äußerten gegenüber Israel womöglich noch mehr Kritik als gegenüber den Palästinensern. Die Verstaatlichungen amerikanischer Öl-Holdings in arabischen bzw. islamistischen Staaten führten nie zu dem Versuch, irgendwelche Regimes zu stürzen oder sie durch Gewaltandrohung zu Preissenkungen zu zwingen.

Diese Auflistung ist bei weitem nicht vollständig, aber sie zeigt, daß die Optionen, die die US-Außenpolitik wählte, stets der Zielsetzung folgten, die Region nicht zu belasten, den Islam nicht zu verletzen und »eigenständig Arabisches« nicht zu unterdrücken – alles Dinge, die man Amerika vorwirft. Tatsache ist auch, daß die USA bei allem, was sie im Nahen Osten taten, nur einen Bruchteil der ihr zur Verfügung stehenden Macht ausübten. Selbst wenn ich hier die Zurückhaltung und den Laissez-faire-Charakter der US-Politik übertrieben dargestellt haben sollte, ergibt die Masse der Indizien doch ein eindrucksvolles Bild. Wie kommt es also, daß die US-Nahostpolitik in der Region selbst so anders dargestellt und empfunden wird?

Verzerrungen

Es gibt vier gebräuchliche Methoden, mit denen die Geschichte der US-Nahostpolitik verzerrt dargestellt wird. Die erste besteht darin, die faktische US-Politik schlichtweg zu ignorieren. Sie spielt eine sehr große Rolle. Aus Gründen, auf die noch eingegangen wird, berichten arabische und iranische Medien kaum je etwas Positives über Amerika, und führende arabische und iranische Politiker – auch solche, die von den USA unterstützt werden – verlieren kaum je ein gutes Wort über die USA. Es ist daher kaum

verwunderlich, daß die Bevölkerungen den USA feindlich gesinnt sind. Wer einen anderen Blickwinkel einnimmt, wird durch sozialen Druck und Zensur entmutigt und muß fürchten, als Marionette der USA zu gelten. Bezeichnenderweise besteht die größte Desinformation wohl darin, daß stets verschwiegen wird, welche Rolle die USA beim Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan spielten. Bin Laden und seine Sympathisanten müssen das verschweigen, weil sie sich diesen Sieg ganz allein auf die Fahne schreiben möchten.

Die zweite Methode ist die Tatsachenfälschung. Bin Laden selbst behauptet zum Beispiel, das Leid der Moslems im Kosovo und in Bosnien – die von den USA beschützt wurden – oder in Ost Timor, auf den Philippinen und in Algerien sei von Amerika verschuldet worden. Auf anderen Gebieten können die Motivationen der USA einfach verdreht werden. So wird beispielsweise der Einsatz der USA in Somalia als anti-islamische Kampagne dargestellt, die durch den heldenhaften Widerstand der Bevölkerung zum Scheitern gebracht wurde. Auch hier sprechen arabische Medien und politische Führer dieselbe Sprache.

Die dritte Methode – für einen Beobachter von außen kaum wahrnehmbar – ist das Ignorieren von Bedrohungen der Region durch andere Faktoren und Kräfte. Das beste Beispiel hierfür ist das Reinwaschen des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, der immerhin zwei Kriege begonnen, Hunderttausende Moslems und Araber getötet, Kuwait angegriffen und sämtliche Nachbarstaaten bedroht hat (und damit auch die heiligen Städte Mekka und Medina); der seine eigene Bevölkerung folterte und unterdrückte, in manchen Fällen sogar chemische Waffen gegen sie einsetzte, Raketen gegen den Iran, Saudi-Arabien und Israel abschoss und der an der Entwicklung von Atomwaffen gearbeitet hat, mit denen er die Golfregion hätte kontrollieren können. Den Arabern wird jedoch erzählt, es seien die USA, nicht der Irak, die eine Kontrolle über die Golfregion anstrebten und die Menschen versklaven wollten. Die von den USA unterstützten internationalen Sanktionen gegen den Irak und der sporadische Einsatz von Gewalt werden als die wichtigsten Gründe für die Anschläge auf die USA hingestellt. Die diesem Konstrukt innewohnende heimliche Allianz von bin Laden und Saddam Hussein, einem absolut nicht-religiös orientierten Politiker, der schon viele islamische Geistliche töten ließ, ist eines der bizarrsten Elemente der gesamten Situation (gewesen).

Viertens und letztens wird versucht, die gesamte US-Außenpolitik auf eine einzige Zielsetzung zu reduzieren, nämlich die Unterstützung für Israel, wobei die israelische Politik selbst, ihre Motive und Intentionen verzerrt dargestellt werden. Dieser Punkt wird weiter unten ausgeführt.

Der in der arabischen Welt vorherrschende Gedanke, das Verhalten der USA in der Vergangenheit erkläre und rechtfertige die Anschläge vom 11. September, sollte nicht der Einfachheit halber akzeptiert werden. Die Gründe für den aktuellen Antiamerikanismus liegen tiefer und haben mehr mit den Problemen des Nahen Ostens selber zu tun, als daß es hierbei lediglich um eine Reaktion auf die Politik der USA ginge.

Der Faktor Israel

Seit den siebziger Jahren sind die USA Israels Hauptverbündeter. Aber was bedeutet die Aussage »Die USA unterstützen Israel« im Gesamtkontext der US-Politik und für den gegenwärtigen Antiamerikanismus?

Fangen wir mit dem an, was sie nicht bedeutet: Die USA »unterstützen« Israel nicht, um im Nahen Osten eine Vormachtstellung zu erringen, um Araber oder Moslems zu unterdrücken oder zu vernichten oder zu einem anderen phantasievollen Zweck, der vermutet wird. Im übrigen konnte Israel nur deshalb zu einem so wichtigen Bündnispartner der USA werden, weil die arabischen Staaten in punkto Partnerschaft so wenig zu bieten hatten, ganz abgesehen davon, daß einige von ihnen mit der Sowjetunion verbündet waren und antiamerikanischen Terrorismus unterstützten.

Die Israelpolitik der USA basiert auf zwei Grundprinzipien: Israel angesichts der realen, machtvollen Bedrohung das Überleben als Staat zu ermöglichen und bei der Formulierung eines Friedensabkommens zu helfen, das für beide Seiten akzeptabel und insofern geeignet ist, den Konflikt zu beenden. Wenn man sich diese beiden Punkte vergegenwärtigt, wird klar, warum radikale Kräfte gegen die Israelpolitik der USA sind: Sie möchten Israel vernichten und jedes Verhandlungsergebnis verhindern, das Israel das Überleben sichert. Im Osloer Friedensprozeß der Jahre 1993 bis 2000 versuchten die USA zu einer Regelung an der israelisch-palästinensischen und der israelisch-syrischen Front zu kommen. Man mag einzelne Vorschläge und das Timing der amerikanischen Vorstöße kritisieren, aber das übergeordnete Ziel war klar: Bei den Osloer Verhandlungen stand eine Friedenslösung ganz oben auf der Tagesordnung. Eine Kompromißlösung auszuhandeln war im Interesse der USA, eben weil sie gute Beziehungen zur arabischen Welt unterhalten wollten. In dieser aufgeheizten Debatte voranzukommen, bedeutete für die USA, mehr Stabilität in der Region herzustellen, die Kriegsgefahr zu minimieren und die eigene Position zu sichern.

Aus genau diesen Gründen widersetzten sich die radikalen Islamisten der US-Politik. Die auf eine Entspannung im Nahen Osten gerichteten Bemühungen der USA waren für ihre »revolutionären« Ziele gefährlicher, als wenn die USA gar nichts unternommen hätten. Überdies würde Frieden in der Region

den Einfluß der USA stärken. Aus diesen Gründen waren islamistische Kräfte gegen den Friedensprozeß und sorgten mit wiederholten Terroranschlägen schließlich für sein Scheitern. Ihr Problem war nicht, daß das diplomatische Prozedere zu langsam voranging, sondern daß es am Ende Erfolg haben könnte. Ein erfolgreicher Abschluß der Friedensverhandlungen hätte sie eines nützlichen Krisenherds beraubt und dazu noch Arafats Dominanz über seine islamistischen Widersacher, Hamas und Islamischer Jihad, gefestigt. Eine weitere Ironie der Geschichte ist, daß es tatsächlich Arafat war, den die US-Politik in dieser Phase gegenüber den islamistischen Kräften stärkte.

Israels Rückzug aus dem Libanon, den die USA gewollt und unterstützt hatten, wurde nicht als ein Schritt zur Beendigung der Besatzungspolitik und somit als ein Schritt auf dem Weg zum Frieden aufgefaßt, sondern als Zeichen für Israels Schwäche und damit als Startsignal für eine Eskalation der Gewalt. Es ist schon sehr merkwürdig, daß der Höhepunkt des Anti-amerikanismus erreicht wurde, als Amerikas Konzessionsbereitschaft mit der Zustimmung zur Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaats mit einer Hauptstadt in Ost-Jerusalem ebenfalls auf dem Höhepunkt angelangt war. Selbst wenn die amerikanische Konzessionsbereitschaft von arabischer Seite als unzulänglich eingestuft wird, rechtfertigt dies noch lange nicht, die US-Politik als brutal oder gleichgültig gegenüber den arabischen Problemen darzustellen.

Wer so tut, als sei Amerikas Unterstützung für Israel der Grund für die Krise im Nahen und Mittleren Osten, ignoriert oder mißinterpretiert auch andere wichtige Punkte:

- Er unterstellt, der Kollaps des Friedensprozesses und die Krise im Nahen Osten resultierten im wesentlichen aus der Uneinigkeit in der Frage, welcher Seite dieses oder jenes Stadtviertel Ost-Jerusalems zugeschlagen wird und ob zwei oder drei Prozent der West Bank zur Debatte stehen. Es geht jedoch um ganz andere Fragen – und um die grundsätzliche Weigerung, mit Israel Frieden zu schließen.

- Er ignoriert, daß bin Laden und seine Verbündeten bislang wenig Interesse an der Palästinenserfrage gezeigt haben und daß diese Frage in dem von ihnen entworfenen Szenario eines Dutzend-Fronten-Kriegs zwischen dem Islam und dem Westen zweitrangig ist.

- Nachdem Israels Rückzug aus dem Libanon von radikalen Islamisten zum Anlaß für eine Eskalation der Gewalt genommen und behauptet wurde, die Hisbollah-Strategie des bewaffneten Kampfes sei der Weg zum Erfolg, würde ein israelischer Rückzug aus der West Bank und Gaza wohl als Beweis dafür gelten, daß die Anschläge vom 11. September große Fortschritte ermöglicht hätten und weitere anti-amerikanische Terroranschläge

sinnvoll wären. Bin Laden würde sich dann noch größerer Unterstützung und Verehrung erfreuen und könnte für sich in Anspruch nehmen, mehr erreicht zu haben als alle arabischen Staaten zusammen.

Wer die Nahostpolitik der USA auf die Formulierung »Unterstützung für Israel« reduziert, ignoriert die Tatsache, daß es bei der Nahostpolitik der USA immer in erster Linie darum ging, bestimmte Araber (und Moslems) in Auseinandersetzungen mit anderen Arabern (und Moslems) zu unterstützen, und daß bestimmte Araber bei Auseinandersetzungen mit radikalen Kräften die Hilfe der USA explizit erbeten haben. Die eigentliche Kritik radikal-islamischer Kräfte an den USA ist, daß sie Israel das Überleben gesichert haben. Jeder Versuch, eine politische Lösung auszuhandeln, sogar mit Errichtung eines palästinensischen Staates und Kontrolle über Ost-Jerusalem, erscheint ihnen als ein Verbrechen, weil er darauf zielt, ihnen die Möglichkeit zu nehmen, den Konflikt für ihre Zwecke zu nutzen, und weil er die Möglichkeit ihrer palästinensischen Partner minimiert, innerhalb der eigenen Reihen eine Machtposition zu erringen.

Wem nutzt Antiamerikanismus?

Selbst wenn man nicht alle Punkte dieses Beitrags akzeptiert, bei denen es um die amerikanische Hilfe für Araber und Moslems geht, so bleiben genügend Indizien übrig, die zeigen, daß die US-Nahostpolitik gewöhnlich nicht objektiv dargestellt wird und daß die Anschuldigungen gegen sie weniger begründet sind, als man uns glauben machen will. Gewiß sehen viele Araber und Moslems die Situation anders und verhalten sich entsprechend. »Für viele Araber, egal, welche Politik sie verfolgen, haben die USA den Platz des alten kolonialen Europas eingenommen«, schreibt Gerges. »In ihren Augen sind die USA die Quelle aller Übel und Mißgeschicke, die sie in ihrem Teil der Welt in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts zu beklagen hatten. In der arabischen Welt ist ein politisches Bewußtsein heute gleichbedeutend mit einer höchst skeptischen Grundhaltung gegenüber den Vereinigten Staaten, ihrer Politik und ihrer Motive.«⁴ Woher kommt diese Sichtweise?

Es wäre falsch, das heutige Amerikabild in der Region auf bloße Mißverständnisse oder offene Interessengegensätze zurückzuführen. Man muß tiefer blicken, um die Gründe für die Krise, die Vehemenz des Antiamerikanismus und vor allem sein Timing zu verstehen. Ein guter Grund für den gegenwärtigen Antiamerikanismus in der arabischen Welt ist, daß er allen in der Region etwas zu bieten hat.

Für radikale Oppositionelle ist Antiamerikanismus eine gute Möglichkeit, die Massen zu mobilisieren, nachdem man sie schon nicht für eine revolutionäre Strategie hat gewinnen können. – Angesichts der Unfähigkeit der revolutionären islamischen Bewegungen, trotz unterschiedlichster Strategien auch nur eine arabische Regierung zu stürzen, sind sie verzweifelt auf der Suche nach etwas Neuem. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist allerdings keineswegs der Ansicht, die radikalen Islamisten würden den wahren Islam repräsentieren. Ein weiterer Vorteil des Antiamerikanismus liegt für die radikalen Oppositionsbewegungen darin, daß es sich um eine relativ sichere Strategie handelt. Arabische Regimes, die jeden gegen sie gerichteten Angriff schnell und brutal im Keim ersticken, unternehmen nichts gegen ein militantes Vorgehen gegen die USA.

Das Hauptziel der Islamisten besteht darin, die moderaten Kräfte zu delegitimieren, die Massen mit Hilfe des existierenden Amerikahasses zu mobilisieren, diesen Haß noch weiter anzuheizen und dabei gleichzeitig den Mythos einer arabischen oder islamischen Einheit gegenüber einem äußeren Feind zu beschwören. Unser Feind, so sagen sie, kann nicht aus den eigenen Reihen kommen, sondern muß etwas oder jemand Fremdes sein. Unsere Probleme und unser Leid resultieren nicht aus unseren eigenen Handlungen und Entscheidungen, sondern aus der Einmischung bössartiger Fremder und ihrer regionalen Repräsentanten.

Für die Machthaber der verschiedenen Regimes ist Antiamerikanismus eine gute Möglichkeit, das Augenmerk von ihren eigenen Fehlern abzulenken. – Statt sich für mehr Demokratie einzusetzen, für Menschenrechte, einen höheren Lebensstandard, weniger Korruption und Inkompetenz, einen Führungswechsel oder eine Vielzahl von anderen Veränderungen, die nicht im Interesse der Regierungen und der Herrschenden sind, werden Frustrationen einfach umgedreht und als Zorn auf die USA umgeleitet. Diese Strategie schwächt die Opposition und enthebt die Herrschenden der Notwendigkeit, etwas Konstruktives zu tun. Statt den Antiamerikanismus als ein Instrument zu fürchten, das die Opposition gegen sie verwenden könnte, heißen die Regimes ihn willkommen; er dient ihnen zur Verteidigung der eigenen Positionen und zur Stärkung ihrer Macht. Eine solche Strategie zähmt die Radikalen, lenkt die Bevölkerung ab und festigt den Ruf der Herrschenden als wahre, legitime und militante Araber (oder Moslems). Außerdem liefert die amerikanische »Bedrohung« den Regierungen einen Grund mehr, nationale Einigkeit zu beschwören (also Kritik und Forderungen nach Veränderung abzuweisen).

Die meisten arabischen Regierungen haben keine Angst vor bin Laden und seinen Verbündeten, und ganz gewiß ziehen sie es vor, wenn er Amerika angreift statt sie selbst. Es wird durchaus gesehen, daß seine Strategie nicht

ungefährlich ist, und dennoch gilt bin Laden nur als Bedrohung und Problem für Amerika. Daher sehen die arabischen Staaten wenig Grund, mit den USA im Kampf gegen den Terrorismus zu kooperieren. Für Syrien bspw. ist der Antiamerikanismus ein Ersatz für die versprochenen und nie durchgeführten Reformen von Präsident Bashar al-Assad. Für die palästinensischen Führer ist er nützlich, weil er von ihrer ablehnenden Haltung zu Friedensverhandlungen und von ihrem militanten Vorgehen ablenkt. Ägypten kann sich als Garant für arabische Interessen aufspielen, wobei die Regierung zusätzliche Bonuspunkte für praktizierten Islamismus einheimst. Kairo kann davon ausgehen, daß die verweigerte Kooperation und die fortgesetzte amerikafeindliche Haltung der Staatsmedien keinerlei Gefahr für die jährlich zwei Milliarden Dollar Finanzhilfe aus den USA darstellen.

Die arabischen Regierungen geben gerne vor, nichts tun zu können, weil ihnen angesichts der öffentlichen Meinung die Hände gebunden seien (was sie allerdings nie davon abhält, schärfste Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wenn ihre eigenen Interessen in Gefahr sind). Sie behaupten, die einzige Möglichkeit zur Entschärfung der Krise sei, daß die USA Israel unter Druck setzen und zu einseitigen Zugeständnissen bewegen, die Sanktionen gegen den Irak aufheben und anderen Forderungen entgegenkommen – ohne eine Gegenleistung von ihrer Seite.

Den Intellektuellen und Meinungsmachern erlaubt der Antiamerikanismus, den eigenen Unmut regierungskonform loszuwerden. – Wer von der allgemeinen Stimmung abweicht, kann zum Schweigen gebracht werden, indem man ihn einer anti-arabischen, anti-islamischen Haltung bezichtigt und zum Agenten Amerikas erklärt. Wer über innere Reformen, gar über Demokratisierung redet, wird mundtot gemacht.

Für die Masse der Bevölkerung bestätigt der Antiamerikanismus nur, was sie schon in der Schule gelernt haben, was die staatlich kontrollierten Medien berichten, was in den Moscheen gepredigt wird und was die politischen Führer sagen (genau wie die Opposition). – Amerika dafür zu hassen, daß es hinter allem steckt, was im Leben schief läuft, verschafft Erleichterung und liefert gleichzeitig eine Erklärung dafür, daß die Welt so schlecht funktioniert. Es ist wichtig zu verstehen, daß es sich hier nicht um spontane Wutausbrüche handelt oder um Reaktionen auf Bilder der palästinensischen Intifada, die der Sender Al-Jazira im Fernsehen gezeigt hat, sondern um das Resultat einer über Jahrzehnte betriebenen, staatsgelenkten Konditionierung und Propaganda.

Alle genannten Gruppierungen frönen dem Antiamerikanismus um so gründlicher und bereitwilliger, als sie von einer Prämisse ausgehen, die auf

gemachten Erfahrungen und aktuellen Erwartungen basiert: Wie groß auch immer das antiamerikanische Gelärme sein mag – die USA werden nicht viel unternehmen, um die Araber dafür zu bestrafen. Denn während die USA für alles Schlechte, das passiert, verantwortlich gemacht werden und das Image eines satanischen Kraftmeiers genießen, gelten sie gleichzeitig als vollkommen ohnmächtig.

Es gibt eine merkwürdige Deckungsgleichheit von bin Ladens Interessen und denen vieler arabischer Regierungen. Die Radikalen machen geltend, ihre Gegner seien Marionetten Amerikas, und die Moderaten treiben Bevölkerung und Radikale lieber in den Antiamerikanismus, als daß sie sich Kritik gefallen ließen. Wenn die Haltung der Araber und Moslems nur mit den in der Vergangenheit von Amerika begangenen Sünden und dem daraus resultierenden Groll erklärt wird, kann man das Geschehen nicht verstehen. Auf einer Liste der Betroffenen, die aus tatsächlich gegebenem Anlaß einen Groll auf Amerika entwickelt haben, würden arabische und islamische Staaten im Nahen Osten ziemlich weit unten rangieren. Eine wichtige Quelle des Unmuts ist jedenfalls im Nahen Osten quasi nicht existent, während sie in anderen Regionen eine große Rolle spielt: die ökonomische Ausbeutung. Die Öl produzierenden Staaten besitzen ökonomische Macht und Reichtum und kontrollieren amerikanische Ölkonzerne mindestens genauso wie diese sie. Anders als in Lateinamerika und Asien gibt es im Nahen Osten kaum amerikanische Investitionen. Anders als in Lateinamerika wird die Wirtschaft im Nahen Osten nicht von den USA dominiert; anders als in Afrika kontrollieren die USA hier nicht die Rohstoffquellen. In dieser Hinsicht hat der Nahe Osten viel weniger Grund zum Groll als andere Weltgegenden. Man wird auch kaum sagen können, arabische Armut und amerikanischer Reichtum seien zwei Seiten derselben Medaille. Ebenso wenig kann man behaupten, die arabischen Rohstoffe würden unter Preis verkauft und gegen überbewertete westliche Industriegüter getauscht – im Gegensatz zur Situation von Ländern, die nur über Kakao, Zucker oder Zinn verfügen.

Eine weitere Quelle des Unmuts, die im Nahen Osten – anders als in anderen Regionen der Welt – nicht existiert, ist das Heuern und Feuern von Regierungen durch die USA. Seit dem Staatsstreich des Schahs im Iran 1953 hat es keinen einzigen Fall gegeben, bei dem man die USA der Intervention hätte bezichtigen – oder sie ihr gar nachweisen – können. Nur im Irak hat es in letzter Zeit halbherzige Versuche (und schließlich, im Frühjahr 2003, einen gelungenen) gegeben, einen Regimewechsel herbeizuführen.

Es geht hier nicht darum, die verschiedenen Ursachen für einen Groll gegen die USA gegeneinander abzuwägen; es sollte jedoch deutlich werden, daß es in anderen Teilen der Welt realere und extensivere gibt als im Nahen Osten.

Überall gibt es Unmut gegen die USA, aber nur im Nahen Osten hat dieser Haß eine so intensive und weitverbreitete Ausprägung angenommen. Nirgendwo sonst gibt es öffentliche und sogar regierungsamtliche Unterstützung für terroristische Angriffe auf die USA. Das ist absonderlich, und der Grund dafür kann nicht in etwaigen amerikanischen Missetaten der Vergangenheit gefunden werden.

Rettung vor der Versuchung

Der traditionelle Islam wie auch andere Bereiche der arabischen Gesellschaften stehen an der Schwelle zur Verwestlichung, Modernisierung und Globalisierung. Dasselbe gilt allerdings für jeden anderen Teil der Welt, inklusive Europa. Vielerorts begegnet man dieser Herausforderung, indem einzelne Aspekte dieser Entwicklung übernommen und andere verworfen werden. Nirgendwo sonst auf der Welt ist der Widerstand dagegen jedoch so kompromißlos und radikal (zumindest rhetorisch) wie in der arabischen und islamischen Welt. Antiamerikanismus ist ein spezifisches Element dieser Reaktion.

Eine sprachliche Eigentümlichkeit ist in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich. Ausgehend von der Praxis des iranischen Revolutionsführers Khomeini in den siebziger Jahren, ist es üblich geworden, die Vereinigten Staaten von Amerika als »großen Satan« zu bezeichnen (und Israel als »kleinen Satan«). Nun ist Satan aber weder in der christlichen noch in der islamischen Religion ein imperialistischer Aggressor, sondern jemand, der einen in Versuchung führt. Er läßt seine Lebensart als äußerst attraktiv erscheinen, so daß ihm die Menschen freiwillig ihre Seelen verkaufen.

Viele extremistische Islamisten, unter ihnen die Selbstmordattentäter vom 11. September, hatten ausgiebigen Kontakt mit der westlichen Welt, ebenso wie viele der militanten iranischen Studenten, die Khomeini unterstützten und 1979 die US-Botschaft in Teheran besetzten. Es waren Menschen, die der »Versuchung« beinahe erlegen wären und dazu übergegangen waren, ihren Glauben – im Gegensatz zu den meisten anderen Moslems – nicht weiter als ein Denkgebäude zu definieren, in dem sie sich sicher fühlen, sondern als Garanten für die Wahrung ihrer persönlichen Identität gegenüber amerikanischen und westlichen Einflüssen, eben weil sie den eigenen Wunsch fürchteten, den westlichen Lebensstil zu übernehmen. Diese Grundhaltung gilt in unterschiedlich intensiver Ausprägung, insbesondere für diejenigen, die in den Medien tonangebend sind. Insofern ist der Antiamerikanismus Resultante nicht einer abstoßenden amerikanischen Politik, sondern zumindest auch der Attraktivität des amerikanischen Versprechens.

Extremer Patriotismus, so lautet eine Redensart, ist die letzte Rettung für Schurken. Tatsächlich ist der Antiamerikanismus die letzte Rettung für erfolglose politische Systeme und Bewegungen im Nahen Osten. In den vergangenen fünfzig Jahren mußte die arabische Welt viele Enttäuschungen, Niederlagen und Fehlschläge hinnehmen. Es gelang ihr nicht, zu einer Einheit zusammenzuwachsen, Israel zu vernichten, schnelles ökonomisches Wachstum zu erreichen, politische Strukturen herzustellen, die eine Teilnahme aller Bevölkerungsschichten am politischen Geschehen ermöglichen, die Gewalt auszumerzen oder eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung zu erreichen. Die Nutzung riesiger Öl- und Gasvorkommen in einer handvoll Ländern stellt die einzige Abweichung von diesem Muster dar. Und selbst das war für viele frustrierend, weil es die am stärksten traditionell ausgerichteten Gesellschaften und deren Einfluß stärkte. Zwischen den fünfziger und neunziger Jahren führten die arabischen Ideologien und Strategien, allgemein gesprochen, ins Desaster. Der panarabische Nationalismus hat die arabische Welt gespalten, statt sie zu einen. Unnötige Kriege vernichteten die wenigen Ressourcen. Die Entwicklung stagnierte, Diktaturen blühten. Die PLO mußte eine Niederlage nach der anderen einstecken. Der Libanon und Algerien wurden in Bürgerkriegen geschwächt. Der Islamismus, der sich als eine alternative Utopie zum arabischen Nationalismus anbot, hat lediglich mehr Unruhe und Gewalt hervorgebracht, ohne außerhalb des Iran zu einer Macht zu werden. Der Iran-Irakkrieg und die irakische Invasion in Kuwait kosteten Hunderttausende Menschenleben und Milliarden Dollar, ohne irgendein positives Resultat zu haben. Eine Gruppierung nach der anderen, eine Ideologie nach der anderen versprach, diese Probleme zu lösen – und alle versagten kläglich. In den neunziger Jahren konnte das gründliche Scheitern nicht länger kaschiert werden. Die arabische Welt ist an einem Tiefpunkt angelangt.

Für die bestehenden Regimes können Demokratisierung und die tendenzielle Durchsetzung von Menschenrechten den Untergang bedeuten. Personen, die durch gute Verbindungen zu ihren Regierungen reich wurden, müssen fürchten, daß Marktwirtschaft und Wettbewerb sie ersetzen würden. Offiziere befürchten eine Senkung der Militärausgaben. Islamisten und radikal-nationalistische Oppositionelle fürchten, daß sie in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, sobald sich liberale, demokratische Oppositionsbewegungen durchsetzen. Islamische Geistliche wissen, daß eine Öffnung der Gesellschaft zur Lockerung und Infragestellung von Sitten und Moral führen würde. Willfähige Intellektuelle begreifen, daß sie, wenn ihre ideologischen Slogans aus der Mode kämen, ihr Geld mit richtiger Arbeit verdienen müssen. Ende der neunziger Jahre haben große Teile der arabischen Gesellschaften und des Iran sich auf die Suche nach neuen Führern, Doktrinen und

Strategien begeben, um nicht im völligen politischen und gesellschaftlichen Abseits zu landen. Einzelne Elemente einer dagegen gerichteten Konterrevolution waren im Jahre 2000 bereits sichtbar. Die palästinensische Führung und Syrien lehnten die Kompromißlösung für einen Frieden mit Israel nicht ab, weil ihnen irgendein Einzelpunkt des Ausgehandelten nicht paßte oder weil ihre Gefühle verletzt worden wären, sondern weil die angestrebte Lösung eine außerordentliche Gefahr für ihre Interessen darstellte. Der neue syrische Präsident, Bashar al-Assad, machte sich daran, die aufkommende Reformbewegung zu zerschlagen. Schon Monate vor dem Anschlag auf New York verurteilte die Regierung Syriens Zivilgesellschaft und Demokratie, indem sie sie als westlichen Import denunzierte. Iranische Hardliner hinderen die Reformer, obwohl sie die Wahlen gewonnen hatten, an der Machtübernahme, indem sie ihnen unter anderem vorwarfen, amerikanische Agenten zu sein. Saddam Hussein hätte sich beinahe der Sanktionen entledigt, ohne einen einzigen Kompromiß einzugehen, indem er große Teile der Welt davon überzeugte, daß es die USA seien, die die irakische Bevölkerung verfolgten und töteten.

Aber erst das Auftreten bin Ladens und sein großer »Erfolg« am 11. September 2001 markierten einen Wendepunkt, ab dem durch die Ausrufung eines neuen Helden, einer neuen Strategie und Doktrin alle größeren Veränderungen in der Region verhindert werden konnten. In den USA haben die Trümmer des World Trade Center mehrere tausend Menschen begraben, im Nahen Osten jegliche Hoffnung auf Frieden, Demokratie, mehr Freiheit oder ein produktiveres Wirtschaftssystem. Der Anschlag vom 11. September hat die fortgesetzte Herrschaft von Demagogie, Extremismus und Gewalt vorläufig gesichert.

Der Haß auf Amerika rechtfertigt also eine Menge Dinge, die in der arabischen Welt nicht gut funktionieren, und er hilft, Diktaturen, soziale Unfreiheit und wirtschaftliche Unterentwicklung zu erhalten. Solange alle Probleme Amerika angelastet werden, können die arabischen Staaten gerade jene innenpolitischen Schwierigkeiten und Schwächen ignorieren, die ihr wahres und größtes Problem sind. Es ist einfacher, so zu tun, als ob das einzige, was Erfolg, Wohlstand und Gerechtigkeit in der arabischen (und islamischen) Welt verhindere, die Politik der USA sei. Statt sich um Privatisierung, die Gleichstellung der Frauen, Demokratie, Redefreiheit, eine unabhängige Gerichtsbarkeit und zwanzig andere Dinge zu kümmern, die regelungsbedürftig sind, kann alle Energie konzentriert oder besser: umgelenkt werden auf angebliche amerikanische Verschwörungen. Ohnehin ist es üblich, Israels Existenz für die Probleme in der arabischen Welt verantwortlich zu machen. Aber egal, wie emotional die Klagen über Israel vorgetragen werden, eine wirkliche Bedeutung haben sie nur für die

Palästinenser. Der Vorteil des Antiamerikanismus besteht darin, daß er allen etwas zu bieten hat; jeder Araber oder Moslem kann ihm diejenige Ausprägung geben, die am besten zur eigenen Prioritätenliste paßt.

Nach so vielen Niederlagen konnten die Anschläge vom 11. September als großer Erfolg gewertet werden. Antiamerikanismus war die neue Doktrin, die dringend gebraucht wurde. Sie ergab einen Sinn. Denn gegen die »amerikanischen« Paradigmen der Modernisierung und der Veränderung hatte man sich ja bereits über einen langen Zeitraum gewehrt. Warum also sollte man jetzt nicht gleich die verhaßten Grundpfeiler dieser Programmatik angreifen: Demokratie, Kompromißbereitschaft, Privatunternehmertum, Säkularisierung, Verwestlichung, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Pragmatismus und so weiter? Nur wenige werden bin Laden folgen, und nicht viele werden seine Methoden übernehmen. Aber die Grundideen, die er verbreitet, machen angeblich einen Sieg der Araber und Moslems ohne Kompromisse möglich. Realistisch betrachtet ist bin Laden sehr nützlich, um genau jenes Umdenken und jene Neuerungen zu verhindern, die Arabern und Moslems im Nahen Osten am meisten helfen würden. Bin Ladens Bewegung wird genauso scheitern wie alle ihre Vorgänger, und viele unschuldige Menschen werden dabei sterben. Diese Entwicklung dient den Interessen vieler in der arabischen Welt und im Iran, auch ohne bin Laden. Man könnte sogar sagen, auf gewisse Weise wäre der neue Antiamerikanismus besonders nützlich, wenn es gelänge, bin Laden auszuschalten. In dem Fall hätte man nämlich seine nützliche Rhetorik ohne seine gefährliche revolutionäre Bewegung.

Die USA – arroganter Aggressor oder feiger Schwächling?

Einer der faszinierendsten Aspekte des neuen Antiamerikanismus – wenn auch kein besonders neuer – ist der Widerspruch zwischen der Darstellung der USA als arroganten Aggressor, dessen Mißhandlung der Araber und Moslems bestraft werden muß, und als feigen Schwächling. Dabei unterscheiden sich diese beiden Varianten im Grunde kaum voneinander. Auf der einen Seite wird behauptet, die USA seien immer schon feige gewesen, und die heroischen arabisch/islamischen Revolutionäre brächten diese Tatsache jetzt lediglich ans Licht; daneben gibt es die Version, der heldenhafte Kampf der Revolutionäre und ihre clevere Strategie des Direktangriffs würden den USA den Schneid abkaufen.

Während die »Revolutionäre« Amerika als Aggressor kennzeichnen, um damit den Haß zu schüren, müssen sie es gleichzeitig als schwach darstellen, um Araber und Moslems zu ermutigen, den Kampf aufzunehmen und an den eigenen Sieg zu glauben. Es muß sehr frustrierend sein für die »revolutionären« Staaten, daß viele Araber und Moslems vor den USA Angst haben

oder die Freundschaft mit den USA als einen Vorteil ansehen, den sie nicht missen möchten. Für sie ist es eine schier unbewältigbare Aufgabe, die Massen oder Regierungen dazu zu bringen, sich so zu verhalten, wie sie selbst es praktizieren. Und sie haben ein paar schwierige Fragen zu beantworten: Warum hören die Leute nicht auf sie, warum erheben sie sich nicht gegen die Mächtigen und den amerikanischen Einfluß? Warum bekämpfen nicht alle arabischen Regimes Israel, und warum melden sich nicht Tausende von Moslems als Selbstmordattentäter? Warum werden die amerikanischen Interessen nicht überall bekämpft und die amerikanischen »Vorstellungen« nicht durchweg verachtet? Folglich müssen sie die Massen wie die Regierenden davon überzeugen, daß Amerika furchterregend und hilflos zugleich ist, daß die USA nichts tun können, wenn man sie angreift und lächerlich macht. Wenn sie schon machtlos gegenüber den eigenen Diktatoren sind, gegenüber Korruption und Unterdrückung durch Religion und Armut, so können Araber und Moslems wenigstens verächtlich auf die USA hinabsehen.

Die Ideologien der verschiedenen radikalen Staaten und Bewegungen im Nahen Osten – zum Beispiel die von Khomeini im Iran, von Saddam im Irak oder die bin Ladens – haben vor allem eines gemeinsam (gehabt). Sie behaupten, Amerika sei schwach und könne besiegt werden, wenn man nur die richtigen Methoden wählt. Es war Khomeini, der erklärte, Amerika könne »keinen einzigen verdammten Schritt« unternehmen, um die islamistische Revolution aufzuhalten.⁵ Saddam führte die Araber in einen Krieg gegen die USA. Heute ist es bin Laden, der behauptet, daß es nur weniger Gottesfürchtiger bedürfe, die bereit sind, ihr Leben zu geben, um Amerika zu zerstören.

Saddam Hussein war sich mit Khomeini nicht in vielem, wohl aber darin einig, daß der Mann, der den Nahen Osten zum Angriff auf Amerika führen wolle, zuerst Araber und Moslems von Amerikas Schwäche überzeugen müsse. Und die amerikanische Außenpolitik schien ihm – genau wie Khomeini – recht zu geben. Als Antwort auf Saddams Schritte und Drohungen in den späten achtziger Jahren sendete Washington nur Signale der Schwäche nach Bagdad. Daß Saddam es sich erlauben konnte, den USA zu drohen, ohne damit eine deutliche Reaktion auszulösen, galt in den Augen vieler Araber als ein Sieg, und Bagdad selbst dachte, es könne ungehindert in Kuwait einmarschieren. Nachdem der Einsatz von chemischen Waffen gegen Kurden, die Drohungen gegen Israel, eine aggressiv formulierte anti-amerikanische Haltung und das Ultimatum an Kuwait keine deutliche Reaktion auf Seiten der USA hervorriefen, war Saddam davon überzeugt, daß er den Nachbarstaat besetzen und annectieren konnte. Erst der Versuch der

US-Außenpolitik, einen Konflikt mit dem Irak zu vermeiden, hat dazu beigetragen, daß es im August 1990 zu der viel größeren Krise kam.

Im Februar 1990 äußerte Saddam gegenüber dem Stellvertretenden US-Außenminister John Kelly, der den Irak besuchte, die USA seien die einzige fremde Macht, die im Nahen Osten etwas zähle. Er nahm wohl an, die USA würden ihre herausragende Stellung auf dieselbe Weise nutzen wie er, wenn er an ihrer Stelle wäre, also Regimes eliminieren und die Kontrolle über die Region gewinnen. Wenn die USA nicht so handelten, würde eben er das Vakuum ausfüllen. Der irakische Führer kannte die objektive Stärke der USA und wußte, daß sie in der Lage waren, den arabischen Regimes einen Politikwechsel zu diktieren. Was konnten die Araber tun, um sich vor Amerika zu schützen?

Zwei Wochen nach dem Treffen mit Kelly, am 24. Februar 1990, läutete Saddam mit der wichtigsten Rede seiner Karriere die neue, radikale Phase der irakischen Politik ein.⁶ Saddam führte aus, daß die Araber drei Möglichkeiten hätten. Sie könnten abwarten, bis sich ein neues weltpolitisches Kräfteverhältnis einstellte – und dabei unter Umständen Europa gegen die USA ausspielen –, bis dahin sei es möglicherweise aber zu spät. Die Araber könnten auch aufgeben, falls sie zu dem Schluß kämen, sie hätten »keine andere Wahl, als sich Amerika zu unterwerfen«. Diese zweite Alternative bedeute jedoch, daß die Araber endgültig jegliche Hoffnung fahren ließen, Israel je zu vernichten und zu einer arabischen Einheit zusammenzuwachsen. Es bestehe jedoch auch noch eine dritte Möglichkeit. Statt sich umzustellen, könnten die Araber den Spieß einfach umdrehen. Der Pessimismus der Araber, nicht ihr Nationalismus, sei ihr Fehler. Wenn sie sich nur unter einem starken Anführer vereinten, könnten sie die USA und Israel besiegen oder sich zumindest gegen die amerikanisch-zionistische Verschwörung behaupten, die auf ihre Vernichtung abziele. Saddams nicht-konventionelle Waffen könnten den Irak zur arabischen Supermacht machen. Die USA, so Saddam, seien viel schwächer, als es den Anschein habe, da sie eine militärische Konfrontation und die damit verbundenen Verluste fürchteten.

Das Resultat dieser Rede war, wie Saddam es sich gewünscht hatte: Die arabischen Massen applaudierten, die arabischen Regierungen – ob sie selbst nun Saddam fürchteten oder nicht – sprangen auf den fahrenden Zug auf. Die USA taten zunächst nichts. Natürlich hatte sich Saddam geirrt, als er glaubte, er könne Kuwait annektieren, und die USA würden einfach nur zuschauen. Dennoch bewahrheitete sich seine Einschätzung der USA insofern, als er sich noch viele Jahre an der Macht halten konnte.

Bin Laden und islamistische Autoren wie der Ägypter al-Najjar, die am Anfang dieses Beitrags zitiert wurden, kamen zu dem Schluß, die USA würden nach den Anschlägen vom 11. September eine ganze Weile nicht effektiv zurückschlagen. Ein libanesischer Hisbollah-Führer, Sheikh Nabil

Qaook, sagte, die USA hätten sich in der Vergangenheit rücksichtslos und dominant aufgespielt, aber nun, »da sich das Kräfteverhältnis verändert hat, hören wir sie vor Angst schreien«.⁷ Ein Mitglied der Hamas schwärmte über die Anthrax-Attentäter: »Ihr seid ins ... Weiße Haus eingedrungen, und sie verlassen es wie Ratten das sinkende Schiff ... Das Pentagon war ein Monster, bevor Ihr seine Korridore betratet ... Und siehe da, es stellt sich heraus, daß das amerikanische Volk nur aus Papier ist und seine Anführer aus Pappe, sie ergreifen die Flucht, sobald sie ... Kreidestaub sehen! ... Ihr zähmt die USA und verheißt uns eine rosige Zukunft und ein unbesorgtes Leben.«⁸ In diesen Statements wird das Verhalten der USA mit ihrer angeblichen Feigheit erklärt, so daß es vernünftig und erfolgsversprechend zu sein scheint, Amerika anzugreifen, um zu bekommen, was man will.

Selbst wenn die USA Israel unter Druck setzten, die Sanktionen gegen den Irak aufheben (oder, heute, die Iraker sich selbst überließe) und ihre Truppen aus dem Persischen Golf abzögen, würden sie von den arabischen Medien, den Herrschenden wie der Opposition nicht als Freund und Vorbild gepriesen. Statt dessen würden diese Schritte als Zeichen von Furcht und Schwäche verstanden, Araber und Moslems zu weitergehender Verachtung ermutigt und anti-amerikanischer Terrorismus unwiderstehlich erscheinen. Denn wenn die Wurzeln dieses Antiamerikanismus in der Befindlichkeit von Arabern und Moslems selbst liegen, so hängt seine Entwicklung von deren Bedürfnissen und von den Kräfteverhältnissen innerhalb ihrer Staaten ab – und nicht davon, was die USA tun oder lassen.

Die Heftigkeit des aktuellen Antiamerikanismus in Wort und Tat richtet den größten und besonders langfristigen Schaden in der arabischen Welt selbst an. Äußere Kräfte für alles und jedes verantwortlich zu machen, verhindert jeden ernsthaften Ansatz, sich mit den schwerwiegenden inneren Problemen und Mißständen zu beschäftigen, die der wahre Grund für den Fortbestand von Diktaturen, Gewalt und Instabilität, einer relativ langsamen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sind. Es ist gefährlich, eine äußere Bedrohung zu behaupten oder zu übertreiben, um innenpolitische Inkompetenz und eine aggressive Außenpolitik zu rechtfertigen. Man kann nur hoffen, daß die USA in diese Form der üblen Nachrede nicht einstimmen. Denn damit würden nicht nur amerikanische Interessen und Ideale verraten, sondern auch die Menschen in der arabischen Welt und im Iran, die im eigenen Land für ein besseres und freieres Leben kämpfen.

Anmerkungen

1 Dabei hätte es für die USA etliche Alternativen gegeben. Sie hätten versuchen können, selbst die Kontrolle über das arabische Öl zu bekommen, sie hätten den Öl produzierenden Staaten Gewalt androhen können für den Fall, daß sie die Ölpreise nicht senkten oder die Holdinggesellschaften von US-Firmen in Mitleidenschaft zögen.

2 Man kann es als eine Ironie der Geschichte auffassen, daß Ossama bin Ladens Haß aus der Anwesenheit amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien aus den neunziger Jahren stammt. Dabei ging es nicht nur darum, Saudi-Arabien zu beschützen und Kuwait von der irakischen Bedrohung zu befreien, sondern die ganze Aktion war von der Liga der Arabischen Staaten per Beschluß sanktioniert. Die Ironie der Geschichte liegt also darin, daß sich der Haß und bin Ladens Antiamerikanismus bis hin zu den Anschlägen vom 11. September aus einem Abschnitt der US-Außenpolitik speist, der pro-arabisch und pro-islamisch war.

3 Und tatsächlich waren es die vermehrten Kontakte zwischen den USA und den moderateren Vertretern der neuen Regierung, die zur Besetzung der amerikanischen Botschaft im November 1979 führten.

4 Fawaz A. Gerges, The Tragedy of Arab-American Relations, »Christian Science Monitor«, 18.9.01.

5 Zum Beispiel in seiner Rede vom 7.11.79. Text in U.S. Department of Commerce, Foreign Broadcast Information Service (FBIS), 8.11.79.

6 Rede vor dem Arab Cooperation Council, Royal Cultural Center in Amman, 24.2.1990. Text in FBIS, 27.2.90, S. 1-5.

7 »New York Times«, 8.11.01.

8 Atallah Abu Al-Subh in »al-Risala«, 1.11.01. Übersetzt in »Memri«, 7.11.01, No. 297.

Überarbeitete Fassung eines Aufsatzes, der im »Middle East Review of International Affairs« (www.meria.idc.ac.il) erschienen ist.

Übersetzung aus dem Englischen: Edith Beleites